

Betreff: Fwd: Ehegattensplitting

Von: Günter Striewe <guenter.striewe@t-online.de>

Datum: 25.03.2026, 19:02

An: Lars Klingbeil <lars.klingbeil@bundestag.de>

Kopie (CC): SPD Parteivorstand <parteiivorstand@spd.de>, Friedrich Merz <friedrich.merz@bundestag.de>, "Linnemann, Carsten" <carsten.linnemann@bundestag.de>, "Wiener, Klaus" <klaus.wiener@bundestag.de>

Herr Klingbeil,

ich habe jetzt in der Rheinischen Post die Meldung über Ihre Idee gefunden, das Ehegattensplitting abzuschaffen. Und weil ich besonders über die einleitende Begründung entsetzt bin, habe ich zunächst die nachstehende Mail an die RP gerichtet.

Ihnen und Vertretern der Koalition sende ich diese nun als erste Kommentierung ebenfalls zu. Es ist eine Schande, wie sich ausgerechnet die SPD zum Büttel der Wirtschaft macht. So treiben Sie noch mehr Wähler in die Arme der AfD!

Mit angemessenem Gruß

Günter Striewe

Brunnenstraße 98
40764 Langenfeld

Telefon: 02173 / 14 99 49

eMail: Guenter.Striewe@t-online.de

Internet: www.Politik.Striewe-online.de

----- Weitergeleitete Nachricht -----

Betreff:Ehegattensplitting

Datum:Wed, 25 Mar 2026 18:38:48 +0100

Von:Günter Striewe <guenter.striewe@t-online.de>

An:Birgit Marschall <birgit.marschall@rheinische-post.de>

Kopie (CC):Moritz Döbler <moritz.doebler@rheinische-post.de>, RP - Wirtschaftsredaktion
<wirtschaft@rheinische-post.de>

Hallo Frau Marschall,

es ist schon schlimm genug, dass der Finanzminister in seiner Not das Ehegattensplitting streichen will, um damit Frauen in die Arbeit zu drängen. Noch schlimmer ist Ihre Einleitung zu dieser Meldung.

Wenn Sie schreiben,

"Das wäre in der Tat überfällig – nicht nur aus gesellschaftlichen, sondern vor allem auch aus ökonomischen Gründen."

machen sich gemein mit Sklaventreibern.

Da erinnere ich einfach mal an dieses Interview in Ihrer Zeitung: https://rp-online.de/politik/analyse-und-meinung/iw-chef-michael-huether-eine-million-zuwanderer-sind-zu-viel_aid-93941879 Darin hat Herr Hüther treffend erklärt:

"Wir müssen es den Paaren überlassen, mit welcher Aufteilung sie das gemeinsame Familieneinkommen erzielen wollen. Schon aus Gründen des Verfassungsrangs der Ehe als Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft macht das Splitting grundsätzlich Sinn. Das Ehegattensplitting hält Frauen nicht vom Arbeiten ab. Frauen nehmen dann Vollzeitjobs an, wenn die frühkindliche Betreuung besser ausgebaut ist."

Sie scheinen noch nicht begriffen zu haben, was immer mehr Bürger in ihre Lebensplanung einbeziehen. Die Bürger haben nicht der Wirtschaft zu dienen, damit die reichen Reichen immer reicher werden. Die Wirtschaft hat dem Menschen zu dienen, seinen Unterhalt zu sichern. Die reichen Reichen, die in der Vergangenheit völlig unverdient immer mehr Geld gestapelt haben, weil sie niedrig besteuert worden sind, müssen endlich zur Kasse gebeten werden.

Jetzt kommen Sie bloß nicht mit dem Argument, dann würde man die Wirtschaft abwürgen. Gelder, die als viel zu hohe Managergehälter und als Ausschüttungen an die Eigner aus den Betrieben verabschiedet worden und in das Privatvermögen geflossen sind, dienen nur noch einem klimaschädlichen Luxusleben. Diese Beträge fehlen der Wirtschaft, um die notwendigen Investitionen für innovative Fortschritte zu tätigen. Die hochbezahlten Manager haben sich ausschließlich für kurzfristige Gewinnmaximierung eingesetzt, aber keinesfalls langfristig gedacht und Nachhaltigkeit im Fokus gehabt. Die aktuelle wirtschaftliche Lage ist das Ergebnis dieser Fehlentwicklung, gefördert durch eine Politik des Manchester-Kapitalismus.

Ihre Zeitung fühlt sich laut Untertitel der christlichen Kultur verpflichtet. Sie unterstützen aber offensichtlich eine Politik von Sklaventreibern!

Zum Ehegattensplitting selbst noch einmal dieser Hinweis. Es ist eine Erfindung des Bundesverfassungsgerichts. Das hatte damals erkannt, dass bei allen Einkünften Ehegatten diese untereinander so gestalten können, dass sie optimal Steuern sparen können. Nur Einkünfte aus abhängiger Erwerbstätigkeit können nicht steueroptimiert werden.

Das Ehegattensplitting ist eine verfassungsrechtlich gebotene Regelung zur Optimierung der Familienbesteuerung und hätte längst zu einem echten Familiensplitting ausgebaut werden müssen. Seine Abschaffung wäre ein Verstoß gegen unsere Verfassung! Mehr dazu auf meiner HP unter: <https://politik.striewe-online.de/steuern/splittingtarif.html>

Mit angemessenem Gruß
Günter Striewe

--

Günter Striewe

Brunnenstraße 98
40764 Langenfeld

Telefon: 02173 / 14 99 49

eMail: Gunter.Striewe@t-online.de

Internet: www.Politik.Striewe-online.de